

Auer Tageblatt

Verleger: Auer Verlag
Herausgeber: Auer Verlag
Druck: Auer Verlag

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag
Herausgeber: Auer Verlag
Druck: Auer Verlag

Programm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1099.

Nr. 174

Montag, den 28. Juli 1924

19. Jahrgang

Entscheidende Tage in London.

London, 27. Juli. Ein Vertreter des Reuterschen Büros besprach gestern mit verschiedenen Mitgliedern der alliierten Delegationen die letzte Phase der Londoner Konferenz. Wie er berichtet, fand er bei den englischen, französischen und belgischen Vertretern keine pessimistische Stimmung. Die allgemeine Ansicht sei, daß trotz gewisser grundlegender Meinungsverschiedenheiten die Konferenz ein erfolgreiches Ende nehmen dürfte, weil es sonst ein Unglück geben würde. Obwohl mit Bedauern zugegeben wurde, daß bisher keine Anzeichen dafür vorliegen, daß die zahlreichen Versuche, die Bankiers zufrieden zu stellen, von Erfolg gewesen seien, habe man allgemein das Gefühl, daß alle Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Allgemein glaube man, daß die deutschen Vertreter etwa am Donnerstag hier sein könnten und alles bis zum Ende der kommenden Woche besprochen sein könnte, wenn durch die Aufnahme der gemeinsamen Verhandlungen mit den Deutschen nicht wieder die ganze Frage aufgerollt werden sollte.

Der Londoner Berichterstatter des Temps will wissen, daß man in gut unterrichteten englischen Kreisen heute den festen Entschluß feststellte, morgen und die kommenden Tage eine ernste Anstrengung zu unternehmen, um die Konferenz zu einem glücklichen Ende zu bringen. Der morgige Tag sei von großer Bedeutung. Die englischen Unterhändler seien sich ihrer Verantwortung und der ernststen Folgen bewußt, die ein teilweiser oder vollkommener Mißerfolg der Konferenz nach sich ziehen werde. Man sei jetzt entschlossen, den Bankiers alle Garantien wirtschaftlicher Art, die für die Anleihe wünschenswert seien, zu geben, aber, was politische Fragen anbetreffe, wolle man fest bleiben.

Paris, 27. Juli. Staatssekretär Hughes trifft Montag in Paris ein und will mit den Führern der französischen Opposition in Kammer und Senat, insbesondere mit Poincaré, Besprechungen abhalten. Bei dieser Gelegenheit will er Herriot's Gegner davon überzeugen, daß dieser in London nach besten Kräften Frankreichs Rechte wahrte und daß ihm infolgedessen die Opposition keine Schwierigkeit machen sollte, wenn er gezwungen sei, Zugeständnisse zu machen, denn ohne solche Zugeständnisse wäre das Schicksal der Londoner Konferenz besiegelt. Und wenn diese letztere, mühte zunächst Frankreich die Folgen ertragen, weil der französische Frank stark fallen würde.

Ob diese Argumente des Staatssekretärs Hughes auf Poincaré irgendwelchen Eindruck machen werde, bleibt abzuwarten.

Die englische Flottenparade.

London, 26. Juli. Der König nahm heute die große Flottenparade bei Spithead ab, an der 196 Kriegsschiffe jeder Art und Größe und zahlreiche Flugzeuge mit Besatzungen von zusammen 30 000 Mann teilnahmen. Die königliche Yacht, der mehrere Schiffe mit den Führern der alliierten Missionen der Londoner Reparationskonferenz, den Mitgliedern des Kabinetts und zahlreichen Parlamentarier folgten, fuhr die Reihen der Kriegsschiffe entlang, die eine Front von etwa 4 Meilen bildeten.

London, 27. Juli. „Sunday Times“ zufolge besteht aller Grund zu der Annahme, daß während des Besuches der Konferenzteilnehmer in Spithead Besprechungen von einer gewissen Bedeutung stattfanden, und daß diese eine gewisse Wirkung auf die Vollkonferenz am Montag haben werden. Der Nachdruck, mit dem die Bankiers auf ihre Forderungen dringen, verurteile eine gewisse Besorgnis. In Konferenzkreisen glaubt man jedoch, daß eine befriedigende Kompromißformel möglicherweise bis morgen vereinbart werde.

Paris 27. Juli. Auf der Rückkehr von Spithead nach London fand im Sonderzug zwischen Macdonald, Herriot und Theunis eine Besprechung statt, wobei der englische Ministerpräsident seinen französischen und belgischen Kollegen mitteilte, daß eine sofortige militärische Räumung des Ruhrgebietes zu einer Annahme der Beschlüsse der 1. Kommission führen könne, d. h. wenn die Franzosen nicht nur die Ingenieure und Zollbeamten, sondern auch die Soldaten aus dem Ruhrgebiet zurückzögen, so könnte der Reparationskommission das Recht verbleiben, nach Befragen des Generalagenten für die Zahlungen und eines Vertreters der Anleihegehalter eventuelle Verfehlungen Deutschlands festzustellen; außerdem würden die alliierten Regierungen das ihnen in Paragraph 4 des Beschlusses der 1. Kommission zugestandene Recht behalten, Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland anzuwenden. Dieser Vorschlag Macdonalds wurde von Herriot abgelehnt, der darauf bestand, daß Frankreich, wenn es die militärische Räumung des Ruhrgebietes zugestehen wolle, hierfür entsprechende Zugeständnisse erhalten müsse. Zu dieser überraschenden Stellungnahme Herriots muß gesagt werden, daß Poincaré immer erklärt hatte, die Soldaten

seien nur zum Schutze der Ingenieure in das Ruhrgebiet entsandt worden. Wenn nunmehr die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes erfolgen solle, so ist nicht einzusehen, zu welchem Zweck die Soldaten dort verbleiben sollten. Jedenfalls hatte auch diese Besprechung zwischen Macdonald, Herriot und Theunis kein Ergebnis.

Die deutsche Delegation für London.

Nachdem nunmehr die juristischen Sachverständigen die Beziehung Deutschlands zur Londoner Konferenz gutgeheißen haben, darf damit gerechnet werden, daß die für nächsten Montag anberaumte Vollziehung der Konferenz die Einladung beschließen wird, die dann möglicherweise noch im Laufe des Montags offiziell erfolgt. Da immerhin 48 Stunden zwischen der Einladung und der Abreise der deutschen Delegation liegen dürften, werden die deutschen Vertreter kaum vor Mittwoch Berlin verlassen. Selbstverständlich hat man sich jetzt auch bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge bereits mit der Zusammenlegung der deutschen Vertretung befaßt, und es darf nach unseren Informationen als sicher angenommen werden, daß der Reichskanzler selbst die deutsche Delegation führt. Ebenso sicher dürfte die deutsche Teilnahme des Reichsaussenministers Dr. Stresemann sein und auch diejenige des Finanzministers Dr. Luther. Neben diesen prominenten Mitgliedern der Delegation wird diese nur noch aus einem kleinen Kreis von Regierungsvertretern und Sachverständigen bestehen. Keinesfalls dürfte die deutsche Vertretung mehr als 15 Köpfe zählen.

„Bitte recht freundlich!“

Der „Corriere della Sera“ erfährt von seinem Berichterstatter, Mac Donald habe gestern die andern vier Großen gebeten, daß sie in Gegenwart von Journalisten eine lächelnde Miene aufsetzen sollten. Es hätte nämlich Pessimismus verurteilt, daß am Tage vorher Herriot und Theunis in erregtem Gespräch durch die Straßen Londons gegangen seien. In der Tat legt manches Londoner Abendblatt großes Gewicht auf die lächelnden Mienen und folgert daraus ein bald folgendes Einvernehmen. Nach der gestrigen Sitzung verließen denn auch sämtliche Delegierte das Haus mit lachem der Mienen. Herriot soll einem französischen Abgeordneten mitgeteilt haben, daß jetzt alles gut gehe. Hinter den Kulissen der internationalen Konferenz aber die starke Persönlichkeit des Staatssekretärs Hughes einen großen Einfluß auf die Mitglieder der verschiedenen Delegationen aus. Auch er ist ständig bemüht, die Gegensätze zu überbrücken.

Die deutsche Eisenbahn als größte Gesellschaft der Welt.

Berlin, 26. Juli. Das Organisationskomitee der deutschen Eisenbahngesellschaft hat gestern in London die Bearbeitung der Entwürfe eines Gesetzes und der Gesellschaftsbedingungen der Eisenbahngesellschaft beendet und die Entwürfe der Reparationskommission vorgelegt. Das Komitee hat in langwierigen Beratungen die Grundlage für die Bildung der Gesellschaft gelegt, die die größte der Welt sein und ungefähr 700 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter umfassen wird.

Das Komitee setzt sich aus Sir William Neworth, Leervere und den beiden deutschen Mitgliedern Bergmann und Vogt zusammen. Von der Ernennung eines fünften neutralen Mitglieds, das ursprünglich vorgesehen war, hat man Abstand genommen, da die Arbeiten des Komitees zu einem vollen Einvernehmen geführt haben. Dieser Erfolg ist ein glückliches Vorzeichen für das gute Wirken der Gesellschaft, deren Aufgabe es sein soll, zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens beizutragen und gleichzeitig Werte für die Beseitigung der Reparationslasten zu schaffen.

Wie wieder Krieg.

Mannheim, 27. Juli. Eine Massenkundgebung unter der Losung „Wie wieder Krieg“ veranstaltete im Anschluß an eine stark besuchte Heidelberger Versammlung die Friedensgesellschaft Mannheim und Ludwigshafen auf besetztem Mannheimer Gebiet. Es sprachen Professor Walz von der französischen Liga für Menschenrechte und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ströbel. Wegen des außerordentlichen Andranges zu der Veranstaltung mußte noch eine Parallelversammlung abgehalten werden.

Wien, 27. Juli. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Kriegserklärung veranstalteten gestern abend 15 Vereine pazifistischer Richtung hier eine Kundgebung gegen den Krieg, der ein Fackelzug aber die Ringstraße folgte. Heute vormittag fand eine von der sozialdemokratischen Partei veranstaltete große Kundgebung der Arbeiterschaft gegen den Krieg vor dem Rathaus statt. 16 Redner, darunter englische, französische und deutsche Delegierte, die anlässlich der in Wien tagenden internationalen Arbeiterwoche hier weilten, hielten Ansprachen.

London, 26. Juli. Press Association zufolge ist der amtliche Bericht über die Schlacht von Stagerat nunmehr veröffentlicht worden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Während in London um die politischen Voraussetzungen des Dawesplanes — ökonomische Streitpunkte gab es eigentlich bis jetzt nicht — gestritten wird, müht sich die deutsche Wirtschaft krampfhaft ab, aber die schwierige Zeit bis zur Ausführung des Dawesplanes hinwegzukommen. Man versteht sich nicht, daß mit der Durchführung des Sachverständigengutachtens eine Veränderung der Lage zu erwarten ist, daß vor allem mit einem reichlicheren Zustrom ausländischen Kapitals in die deutsche Industrie gerechnet werden kann. Inzwischen wird aber die Wirtschaftslage immer prekärer. Die täglichen Konkursfälle erreichen jetzt Ziffern, die, wie die „V. N. N.“ berichten, nicht mehr weit von 100 entfernt sind, und überschreiten damit schon weit die Normalhöhe der Vorkriegszeit. Und wenn auch bis jetzt erfreulicherweise Zusammenbrüche ganz großer Werke noch nicht eingetreten sind, so wird die weitere Verschlechterung der Konjunktur doch deutlich genug dadurch gekennzeichnet, wenn Werke von Weltruf wie Heinrich Lang in Mannheim vor die Alternative gestellt sind, entweder Tausende von Arbeitern zu entlassen, oder sich durch Staatssubvention über Wasser zu halten. Auch aus anderen Gegenden des südwestdeutschen und westdeutschen Industriegebietes kommen Alarmmeldungen, die uns die große Gefahr unserer Lage vor Augen führen. Die Sächsischen Farbwerte haben zu Entlassungen schreiten müssen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kündigen die bekannten Hüttenwerke große Einschränkungen und Entlassungen zum 1. August an.

Und auch in Sachsen steht es nicht viel besser. In Zwickau haben die Hüttenwerke von 1500 Arbeitern 800 entlassen. Die Hüttenwerke in Chemnitz, ein zwar noch junges aber rasch zur Bedeutung gekommenes Unternehmen, mußte sich dieser Tage unter Geschäftsaufsicht stellen. In den westfälischen Textildistrikten fällt es den Webern schwer, ihre schon auf 24 Stunden in der Woche eingeschränkten Betriebe aufrechtzuerhalten.

Von einer Abflauung der Krise ist also nach außen hin noch kaum etwas zu verspüren, um so mehr, als der Arbeitsmarkt eine zunehmende Verschlechterung aufweist. Die jetzt oft aufgeworfene Frage, ob der Höhepunkt der Krise schon erreicht sei oder ob wir uns noch diesseits der Krise befinden, ist eine im Augenblick schwer zu beantwortende Frage. Bezeichnend für den Ernst der Lage ist, daß viele sonst innerlich gesunde Firmen nicht mehr in der Lage sind, Kredite aufzunehmen, weil es ihnen nicht möglich ist, die hohen Spesen für die Kredite herauszuwirtschaften. Auf der einen Seite schärfsten Preisdruck bei vermindertem Absatz, auf der anderen Seite unerträgliche Steuerlasten und Spesen. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer um $\frac{1}{2}$ Prozent und die Kohlenpreiserhöhung fallen nur unerheblich ins Gewicht. Am nachteiligsten wirken aber die immer noch unerhörten Zinssätze, die jede rationelle Wirtschaftsweise im Keime erstickt. So ist es kein Wunder, daß täglich neue Produktionserschütterungen, Kurzarbeit und Felerklärungen gemeldet werden. Darauf ist zum Teil zweifellos der Rückgang der Kreditgesuche bei der Reichsbank und bei den Privatinstanzen zu erklären, also eine Ursache, die nicht gerade als eine erfreuliche Erscheinung zu bewerten ist. Nicht richtig ist es, wenn, wie es jetzt vielfach der Fall ist, die Kreditpolitik der Reichsbank für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird, wenn argumentiert wird, die Sicherung der Währungsstabilität vollziehe sich auf Kosten der Wirtschaft. Dieser Satz läßt sich auf die Anschauung, daß die Wirtschaft ohne inflationistische Wirkungen ein Mehr von Geldumlauf verdauen könnte, was nicht bewiesen ist, aber durch die Erfahrungen, die mit der mit der Einführung der Rentenmark gehandhabten liberalen Kreditpolitik der Reichsbank gemacht wurde, widerlegt werden kann. Nein — richtiger ist der Satz: die Gesundung der Wirtschaft kann sich trotz Währungsstabilität nicht vollziehen. Als furchtbares Erbe einer Inflation, die die Betriebsmittel vernichtete. Diese können aber nur entweder durch eine Kapitalregeneration in der Wirtschaft oder durch Zurverfügungstellung ausländischen Kapitals geschaffen werden. Ein drittes — es sei denn auf Kosten einer Inflation — gibt es nicht. Die letzte Zeit brachte leichte Anläufe einer Besserung der Kreditnot. Die Geldsätze sind im Sinken begriffen und der Privatdiskontmarkt (siehe auch letzten Reichsbankausweis) beginnt wieder langsam in Funktion zu treten. Das sind Anzeichen, daß die Wirtschaft versucht, ihre Krankheit aus sich heraus zu heilen. Und es ist zu hoffen, daß die Industrie aus eigener Kraft noch die schweren Wochen bis zur Ankunft größerer Auslandskredite zu überstehen vermag. Ist doch der „Silberstreifen am Horizont“ immer deutlicher zu erkennen...

Eine neue Kreditquelle für das sächsische Handwerk.

Dresden, 26. Juli. Dem Landesauschuß des sächsischen Handwerks ist es nach langen Bemühungen gelungen, die mit dem Kreditstock für das sächsische Handwerk und Gewerbe verfolgte Schaffung eines starken zentralen Selbstinstituts zur Tat werden zu lassen. Am 18. d. M. wurde die „Sächsische Zentralgenossenschaftskasse“, genannt Sachentasse, errichtet. Sie hat die Aufgabe, das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand mit billigen und ausreichenden Krediten zu versorgen.